



Hamburg-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 18

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 7, 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 29,
Claus-Groth-Strasse 1, Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 5. Mai 1917

Anzeigen kosten die aufgeschaltete Non-
parallelzelle oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

Die Frühjahrszeit muß zur Werbung neuer Mitglieder gut ausgenutzt werden! Darum auf zur Agitation, Kollegen, in allen Filialen und Zahlstellen!

Die Wohnungsfrage nach dem Kriege.

II

Erfreulicherweise wächst die Einsicht in die Bedeutung der Wohnungsfrage für die Volkswirtschaft in allen Kreisen. Als Beweis hierfür mag der „Gesekentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse“ dienen, den die preussische Regierung, die bislang nicht gerade im Rufe des sozialpolitischen Fortschritts stand, neuerdings dem Landtage zur Beratung und Annahme vorgelegt hat. In der Begründung heißt es, daß die Regelung der brennenden Wohnungsfrage nunmehr unaufschiebbar geworden sei; nach den schweren Verlusten, die der Krieg unserm Volk gebracht habe, halte die Regierung die Herstellung von Kleinwohnungen allgemein und ohne Begrenzung auf einen Personenkreis für eine wichtige Aufgabe. Es genüge nicht, einzelnen Baugenossenschaftlichen Staatsdarlehen zu geben, es sei vielmehr erforderlich, den Staat unmittelbar bei der Begründung von kleinen Genossenschaften mit Geldeinlagen zu beteiligen. Auf diese Weise würden kapitalkräftige Bauvereinigungen entstehen, die infolge starker eigener Mittel leistungsfähiger seien als solche ohne genügendes Eigenkapital. Es könnte auch erwartet werden, daß sich der Staat mit Gemeinden und Kommunalverbänden zu Bauvereinigungen zusammenschließen zur Förderung des Kleinwohnungswezens. Zur Erreichung dieses Zwecks soll der Regierung die Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, mit der sie sich an den Baugenossenschaftlichen beteiligen kann. Außerdem wird in dem Gesekentwurf eine Summe von jährlich 10 Millionen Mark auf 10 Jahre, also insgesamt 100 Millionen Mark, erfordert, wofür der preussische Staat die Bürgschaft für weisse Hypotheken übernehmen will, die den Baugenossenschaftlichen von anderer Seite gegeben werden. Alles in allem genommen beweist der Staat dadurch, daß er die unmittelbare Förderung des Kleinwohnungswezens als eine wichtige Zukunftsaufgabe betrachtet. Hierzu kommt dann noch die zeitgemäße Reform der Bauordnungen, die Rücksicht nimmt auf eine wirtschaftlich und gesundheitlich richtige Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Unterschichten und die die private Baukunst fördern soll. Endlich soll noch Fürsorge getroffen werden für eine sachgemäße Wohnungsverwaltung, die durch neu zu schaffende Wohnungsämter ausgeübt werden soll. Diese Aufsicht soll sich auf die Errichtung und Instandhaltung der Wohnungen, auf ihre wirtschaftliche Beschaffenheit usw. erstrecken.

Die Vertreterkonferenz der Baugenossenschaftsverbände, die vor kurzem getagt hat, hat ihre rückhaltlose Zustimmung zu den Absichten der preussischen Regierung erklärt, hält aber statt der Bürgschaftübernahme eine stärkere Bereitstellung barer Geldmittel für wünschenswert. Auch war sie der Meinung, daß in dem Gesetze die Überlegenheit der Genossenschaften über andere Bauvereinigungen zum Ausdruck gebracht werden müsse, da die genossenschaftliche Organisationsform, die auf dem Grundsatze der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung beruhe, in sozialer und sittlicher Beziehung große Vorzüge aufweise gegenüber andern Organisationsformen und auch größere Erfolge erzielt habe als jene. Sodann wird noch der Gedanke angeregt, ob es nicht auch eine Aufgabe des Staates sei, durch eine gesunde Bodenpolitik die Beschaffung des notwendigen Baulandes zu erleichtern. Auch der Preussische Städtetag und der Deutsche Verein für Wohnungsreform haben grundsätzlich die Bestimmungen des Gesekentwurfs ge-

billigt, wenn sie auch darin auseinandergehen, daß ersterer einer Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung widerstrebt, während letzterer den Organen des Staates am liebsten noch ein weitergehendes Mitbestimmungs- und Aufsichtrecht einräumen möchte.

Im unerfreulichen Gegensatz zu den Anhängern einer vernünftigen Wohnungspolitik macht sich auch ein starker Widerspruch bemerkbar. Zunächst erschien der Schutzbund für deutschen Grundbesitz, die Interessenvertretung der Grundstücksinhaber und Hausagrarier, auf dem Platze und verdonnerte den Gesekentwurf in Grund und Boden. Er leugnete rundweg, daß eine Wohnungsnot bestehe und nach dem Kriege bestehen werde, und vor allen Dingen bestritt er dem Staate das Recht, die gemeinnützige Bautätigkeit durch Bereitstellung von Geldmitteln und durch Übernahme von Bürgschaften zu unterstützen. Es werden hier die alten, schon hundertmal widerlegten Scheingründe vorgebracht, denen man eine unbedingte Ehre antäts, wenn man ernstlich aufsteinginge. Auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wendet sich gegen den Gesekentwurf, dem er zum Vorwurf macht, daß er ein weit über das Ziel hinauschießendes staatliches Eingreifen erstrebe. Den politischen Organen werde der Weg zu den innersten Familienverhältnissen geöffnet, und die in Aussicht genommene behördliche Überwachung des Bau- und Wohnungswezens sei dazu angetan, den Geldleuten die Herstellung von Kleinwohnungen zu verkleiden, weil letztere dadurch zu teuer würden und keine Gewinne mehr brächten. Das besagt also, daß das Geldbeuteleresse der Kapitalisten über das Allgemeinwohl gesetzt wird. Instinktiv erblicken die Herren vom Bau in der staatlichen Förderung des Kleinwohnungswezens eine unliebsame Beaufsichtigung und eine unerwünschte Konkurrenz. Als dritter Gegner der Wohnungsreform macht sich dann noch, wie nicht anders zu erwarten, das bekannte Scharfmacherium bemerkbar. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ reitet eine schneidige Attacke gegen den Wohnungssozialismus, der wieder einen weiteren Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat bedeute und als ein gefährliches staatssozialistisches Experiment bezeichnet werden müsse. Es hat keinen Wert, auf eine Widerlegung dieser „ollen Kamellen“ einzugehen, denn dazu ist der Raum dieser Zeitung zu schade.

Wie bei jedem Versuche, dem ausbeuterischen Kapitalismus die Krallen zu beschneiden und die Volkswirtschaft zu fördern, zeigt sich auch auf dem Gebiete der Wohnungsreform ganz deutlich eine Scheidung der Geister. Die Geldbeuteleresse, die Allgemeininteresse lautet die Parole. Und da muß sich denn erweisen, welche Kräfte in unserm deutschen Vaterlande die stärksten sind. Verhängnisvoll wäre es, wenn der Geist der Selbstsucht den Sieg davontragen sollte über den Geist des Solidarismus.

Aus dem Jahresbericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

Der Bericht weist einleitend darauf hin, daß eine die gesamte Tätigkeit der Generalkommission schildernde Darstellung erst nach Kriegsschlus gegeben werden könne. Die Zahl der Verhandlungen mit den verschiedenartigsten amtlichen Stellen in Reich, Staat und Gemeinden und mit zahlreichen privaten Organisationen über die im Interesse der Arbeiterschaft zu treffenden Kriegsmassnahmen sei mit der längeren Dauer des Krieges erheblich gewachsen. Es sei zweckmäßig, diese Massnahmen später im Zusammenhange zu schildern, wenigstens sich der Plan, alle Protokolle über die Verhandlungen und die Eingaben im Vorlauf wiederzugeben, sich nicht verwirklichen lasse. Ein solcher

Bericht werde für die weitere Gestaltung des Arbeiterrechts in Deutschland und für das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zum Staat für die spätere Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Niemand konnte annehmen, daß für den Krieg auch nach dreijähriger Dauer noch kein Abschluß in Aussicht stehen würde. Gegenwärtig erscheine durch den zu befürchtenden Eintritt weiterer Staaten in den Krieg die Aussicht auf baldige Beendigung gering, wenn auch die Hoffnung bestehe, daß die Verschärfung der Kriegsmassnahmen und die wirtschaftliche Notlage einige Orientierungsländer dem Frieden geneigter machen könnte.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hat Schweres während der Kriegszeit und besonders in den letzten Wochen ertragen. Die Not zu lindern, war Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Es darf gesagt werden, daß sie auf das Äußerste bemüht waren, diese Pflicht zu erfüllen. Mag auch der unmittelbare Erfolg gering erschienen, so ist doch die Frage berechtigt, was geschehen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht so gehandelt hätten. Würde ihren Anforderungen stets rechtzeitig Folge gegeben, so hätte die Notlage weiter Bevölkerungskreise nicht den gegenwärtigen Umfang annehmen können. Auf fortgesetztes Drängen der Organisationen sind viele ihrer Vorschläge zur Durchführung gelangt, aber stets zu spät. Trotzdem dürfe aus diesem Grunde die bisherige Arbeit nicht aufgegeben oder vermindert werden, nicht weil durch sie den verantwortlichen Stellen eine Erleichterung geschaffen werden soll, sondern weil sie im Interesse der Arbeiter geboten ist.

Die Generalkommission war bemüht, bei dieser ihrer Tätigkeit möglichst viele Kreise der organisierten Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen. Im Berichtsjahre sind zahlreiche Eingaben von den Zentralstellen aller Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen gemeinsam gemacht worden, und es haben auch gemeinsame Konferenzen auf Einladung sämtlicher Zentralstellen stattgefunden, so die Konferenz zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge am 23. August 1916 in Köln und die zur Beratung des Hilfsdienstgesetzes am 12. Dezember 1916 in Berlin. Die Vertreter der Zentralstellen sind oft zur Beratung von Eingaben und gemeinsam zu treffenden Massnahmen zusammengetreten. Bei einer dieser Besprechungen wurde eine gemeinsame Rundgebung gegen die Zurückweisung der deutscherseits gebotenen Hand zum Frieden angeregt. Nachdem alle sonstigen wirtschaftlichen Organisationen ihre Meinung dazu öffentlich kundgetan hatten, konnte auch die Arbeiterschaft nicht dazu schweigen, wenn nicht im Ausland der Eindruck der Uneinigkeit des deutschen Volkes erweckt und daraus die Neigung zur Verlängerung des Krieges gestärkt werden sollte. Die Generalkommission konnte um so eher der Anregung beitreten, als sich ihr dadurch wiederum Gelegenheit bot, öffentlich auf die notwendige Abstellung der Mängel in der Nahrungsmittelversorgung hinzuweisen.

Die Vereinsgeseknovelle ist am 5. Juni 1916 vom Reichstag verabschiedet und Gesetz geworden. Neben dem Wert und die Bedeutung des Gesetzes wurde in einer in Gewerkschaftskreisen verbreiteten Broschüre berichtet. Es zeigt sich schon jetzt, daß für die Gewerkschaften mit diesem Gesetze eine Erleichterung ihrer Tätigkeit herbeigeführt worden ist. Das wird noch deutlicher zutage treten, wenn nach Kriegsschlus die Gewerkschaften ihre Arbeit für die Erhöhung der Lebenshaltung und die Auswärtsentwicklung der Arbeiterklasse in der gleichen Art fortführen werden wie vor dem Kriegsbeginn. Daß nach der Annahme dieses Gesetzes nicht die sonst noch erforderlichen Aenderungen des Reichsvereinsgesetzes preisgegeben sind, ist zur Genüge festgestellt worden.

Auch das Hilfsdienstgesetz ist in einer besonderen Broschüre behandelt worden. Das Gesetz entspricht nicht den Wünschen der Gewerkschaften; es hat jedoch schließlich eine Fassung erhalten, die es auch den Gewerkschaftsvertretern, die als Reichstagsabgeordnete ihre Stimme abzugeben hatten, ermöglichte, für das Gesetz zu stimmen. Bei der Durchführung des Gesetzes kam es in erster Linie darauf an, die Ausschüsse, die über Arbeiterfragen zu entscheiden haben, mit Vertretern aus den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden zu besetzen. Die Vorschläge sind von den genannten Vereinigungen dem Reichskomitee gemeinsam gemacht worden. Von Unternehmern und gelben Verbänden ist mit offen Mitteln versucht worden, die

glieder der letzteren in den Ausschüssen zu erhalten. Dem ist von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden Widerstand geleistet worden. Der Bericht verweist auf den Beschluß der Güter-Monierung aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, durch den ein Zusammenwirken mit den Weibeln abgelehnt wird, nach welchem auch in den Verhandlungen mit dem Kriegsamt und im Reichstags-Anschluß für das Hilfsdienstgesetz behandelt wurde.

Bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstag ist auf Drängen der Arbeitervertreter ein Verzicht des Kriegsministeriums bekanntgegeben, der eine Sicherung der Weltmärkte vor Unternehmervillfür herbeiführen sollte. Ein neuer Entschluß vom 2. Februar 1917 schränkt diese Sicherung besonders für die Arbeiter und Angestellten in den Marinebetrieben und den für die See-Verwaltung tätigen Privatbetrieben wesentlich ein. Gegen diesen Entschluß ist von den Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände in einer eingehend begründeten Eingabe an das Kriegsamt Einspruch erhoben worden.

Im Bericht für 1917 sind die Verhandlungen bezüglich der Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts der Eisenbahner näher geschildert worden. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der auf Beschluß der beteiligten Organisationen ins Leben gerufen wurde, begann seine Tätigkeit am 1. Juli 1916. Auf eine Anfrage an den Reichsminister, ob der Verband angehörender Mitglieder im Reich der Staatsbahnen würde werden können, wurde mitgeteilt, daß der preussische Eisenbahnminister nach wie vor darauf bestehe, daß der statutarische Streikverzicht vorher ausgearbeitet werden müsse. Nach erneuten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, von der beide Teile annehmen, daß sie ihren Standpunkt wahren. Der Bericht gibt ein Schreiben des Reichsministers wieder, aus dem diese Vereinbarung ersichtlich ist.

Die Arbeiten der Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach dem Krieg haben ihren Fortgang genommen. Die erste dieser Arbeiten, „Koalitionsrecht und Streikrecht“, ist von der Gesellschaft für soziale Reformen herausgegeben und von den Gewerkschaften zum Ankauf empfohlen. Die nächste Schrift, die in kurzer Zeit fertiggestellt sein wird, behandelt das Koalitionsrecht und Vorkaufsrecht sowie die Vorkaufstrage und damit im Zusammenhang stehende Fragen. Wenn auch zurzeit aus naheliegenden Gründen in Gewerkschaftskreisen wenig Neigung zum Erwerb solcher Schriften vorhanden ist, so wird dieser für die Gewerkschaftsfunktionäre doch notwendig sein. Die Schriften liefern das Material für die Agitation, die nach Kriegsende für die Ausgestaltung des Arbeiterrechts einlegen muß. (Schluß folgt.)

Gegen wilde Streiks zu politischen Zwecken.

Am Tage der Besetzung der Vratriation war es bekanntlich in Berlin und einigen andern Orten zu größeren Lebensumstellungen gekommen. Hierbei haben leider unverantwortliche Aktionen, Spartakusleute und ihnen nahestehende, die Gelegenheiten zu politischen Demonstrationen ausgenutzt, die, wenn sie sich unter den gegebenen Verhältnissen wiederholen würden, nicht nur die von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteileitung durchgeführten Widerstand der bestehenden Zustände, die in Aussicht gestellten Fortschritte, vor allem aber unsere unter dem überhöhten Feuer der in der Hebermacht aufkämpfenden wilden. Das schlimmste aber ist, daß durch solche nutzlosen Aktionen die unangesehene Friedensbemühungen unserer Organisationen und der deutschen Regierung vereitelt werden und der entsetzliche Krieg künstlich in die Länge gezogen wird.

Darum warnen wir unsere Kollegen eindringlich vor der Beteiligung an solchen Arbeitseinstellungen, die selbstverständlich von unseren Organisationen in keiner Weise unterstützt werden; nur für von uns vorbereitete und geleitete Bewegungen übernehmen wir die Verantwortung.

Aus Anlaß der erwähnten Arbeitseinstellungen sind mehrere bedeutende Kundgebungen erschienen. Im letzten „Vereinsanzeiger“ druckten wir bereits ein Schreiben von Scheubert und des Chefs des Kriegsamts, des Generalleutnants Gröner ab, die der Generalkommission unserer Gewerkschaften übermittelt worden waren. Hierauf hat nun diese gemeinsam mit den Zentralleitungen der übrigen Gewerkschaftsgruppen an Generalleutnant Gröner ein Schreiben folgenden Wortlaut gerichtet:

Im Erzählung danken wir für die Übermittlung des Schreibens des Herrn Generalleutnants von Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; die Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politische reise Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Feinminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns einen baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mißgefühl mit uns in den Fronten ihr Leben einziehenden Söhnen und Brüdern die Arbeiterbewegung von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französischen Westfront aufgehäuft. Das Angehörliche, was notwendig ist, sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Kollaboranten herbeigetragen. Nur ein hehrer, gewöhnlicher Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu verweigern.

Diese Anweisung beherrscht nach unserer inneren Überzeugung auch die Bevölkerungstriebe, die durch unsere Propaganda beizubringen werden. Unterjenseit wird alles zu vermeiden, was nur zu erhalten, sondern zu härten und zu verteidigen.

Den unverantwortlichen Leuten in glücklicherweise mit dem besten Willen versucht werden. Die Arbeitseinstellungen der Arbeiter und Munitionarbeiter vollständig zu vermeiden. Der Wunsch nach baldiger

Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen freigelebenden Ländern, auch im deutschen Volke groß; er ist menschlich natürlich und verständlich. Das Verlangen, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die beteiligten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Wählung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitseinstellungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt, und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Nationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu treffen, die die Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtlosigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchzuführen. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beendigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Mißstimmung und jeden Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu scharfen Kämpfen führten, und die auch jetzt unangesehene Meinungen hervorgerufen. Hier eine Änderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Seeressektion nachdrücklich angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserm Lande befindenden, die durch willkürliche Herabminderung der Versicherung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der andern Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Seemarine zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wochen des fürchterlichen Weltkrieges bestehen.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen Bernhard Boden, Konrad Esser und Robert Kuhlmann, Mitglieder der Filiale Götting; Franz Haal, Heinrich Sell und Wilhelm Weidenbock, Mitglieder der Filiale Frankfurt a. M.; Johann Haslauer, Mitglied der Filiale Hamburg. Zum Vizefeldwebel wurde der Kollege Emil Gantert von der Filiale Worms befördert.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Götting. In der am 24. April stattgefundenen gut besuchten Versammlung wurde der Geschäftsbericht vom ersten Quartal 1917 erstattet und Stellung zu der bewilligten Teuerungszulage genommen. Aus dem Bericht war ersichtlich, daß die Filiale eine gute Entwicklung im letzten Quartal durchgemacht hat. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 104, was zu guten Hoffnungen berechtigt, da auch das zweite Quartal bereits eine Anzahl von Neuaufnahmen gebracht hat. Genau so erfolgreich wie die Mitgliederzunahme ist auch die erfolgreiche Tätigkeit in bezug auf Verbesserung der Lohnverhältnisse. In der Carbonitfabrik Schlabusch erzielen unsere Kollegen eine fünfundsiebzigprozentige Lohnerhöhung, wonach die Stundenlöhne auf 90 bis 100 S gestiegen sind. Außerdem wurde für Ueberstunden 25 pzt. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pzt. Aufschlag bewilligt, was man früher in der Fabrik nicht kannte. In der Dynamitfabrik Wahn konnte der Stundenlohn von 67 S auf 1.10 S erhöht werden. Den heutigen Verhältnissen angepaßte Löhne waren bisher nur möglich, wenn diese Leberstunden gemacht wurden. Durch diese Vereinbarung ist die durchschnittliche Arbeitszeit pro Tag um zwei Stunden verkürzt und wöchentlich 118 bis 120 Meßarbeit erzielt. Ferner wird den in Götting und anderen Orten wohnenden Kollegen das Jahrgeld ersetzt, was früher jeder selbst zu tragen hatte. Das fällt besonders ins Gewicht, da die Sanitätstätigkeit in der Umgebung eine rege ist. Trotz der steigenden Teuerung konnten sich die größeren Firmen aber nicht heuemmen, die tariflichen Bedingungen, Zahlung der täglichen Zulage und Jahrgeld, zu erfüllen. Folgedessen mußte die Schlichtungskommission des Hilfsdienstgesetzes in Ausdruck genommen werden. Diese stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß Verträge auch während des Krieges zu halten sind, und empfahl den Herren, dieses Urteil für eine erhebliche Zahl Gehilfen das wöchentliche Einkommen um 1.40 S erhöht. Einige Firmen, welche angeblich in diesen Orten ein Zweiggeschäft betreiben und demzufolge von der Zahlung des Jahrgeldes, der Zulage und der Zulage entbunden waren, mußten sich

den Löhnen der übrigen Gehilfen anschließen, wenn sie Arbeitskräfte erhalten wollten. Es stieg deshalb der wöchentliche Mehrverdienst um 12 bis 16, der in den meisten Fällen von den Fabrikanten getragen wird. Nicht so freundlich wie der Geschäftsbericht wurde der Bericht über die Teuerungszulage von 9 S pro Stunde für dieses Jahr, die auf dem Wege der Verhandlung mit dem Weiblichen Malermeisterverband vereinbart wurden, entgegengenommen. Die Kollegen stellten sich in der Mehrheit auf den Standpunkt, daß bei der heutigen teuren Zeit für Götting ein Stundenlohn einschließlich Teuerungszulage von 82 S unzureichend ist, und verwiesen auf die Löhne anderer Handwerker, die unter 1.1 Stundenlohn nicht entlohnt werden. Es wurde deshalb der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Göttinger Malermeister möchten bei der endgültigen Beschlußfassung über die Teuerungszulage dies berücksichtigen, da sonst die Abwanderung der Gehilfen in die Industrie noch zahlreicher als bisher werde und der Gehilfenmangel sich noch fühlbarer zeige. Weiter wurde Klage darüber geführt, daß die Anstreicher nicht der Liste der Schwerarbeiter eingestuft seien. Die heutige Arbeitsweise erfordere eine solche körperliche Anstrengung, daß bei der jetzigen Ernährung diese Leistungen auf die Dauer nicht zu erfüllen seien. Auch wurde auf das Gesundheitschädliche gewisser Ersatzstoffe verwiesen, was eine reichlichere Kost allein rechtfertige. Beschlüssen wurde, eine Eingabe an die zuständige Stelle zu richten, worin ersucht wird, die Anstreicher in die Liste der Schwerarbeiter aufzunehmen.

Frankfurt a. M. (Jahresbericht.) Wiederkommt in unserm Jahresbericht die Einwirkung des Krieges auf die Filiale in deutlicher Weise zum Ausdruck. Die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage wird naturgemäß durch die lange Dauer des Krieges immer ungemüßlicher; denn schwer drücken die hohen Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel auf die Lebenshaltung unserer Berufsleute ein, und der Kampf um das Dasein wird immer schwieriger. Auch in der beruflichen Lage zeigt sich daselbst eine ungünstige Bild. Die hohen Materialpreise und der Mangel an geeignetem Material machen die Ausführung von Arbeiten immer schwieriger. Wenn trotzdem die Arbeitseinstellung im allgemeinen gering war, so lag dies daran, daß sich viele Berufsleute einer andern Beschäftigung zuwandten, hauptsächlich der Kriegsinindustrie, wo sie insbesondere auch einen höheren Verdienst erzielen.

Auf unserm Arbeitsnachweis hielten sich die Arbeitsangebote und die offenen Stellen so ziemlich die Waage. Es wurde 222 offene Stellen gemeldet, während 207 Arbeitsgesuche einliefen. Arbeitslosenunterstützung war nur in 13 Fällen auszusuchen, und zwar für 150 Tage. Außerdem wurden noch in 90 Fällen zusammen 328 arbeitslosen Warten verabschiedet. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 160 arbeitslose Kollegen ermittelt.

Das Organisationsleben bewegte sich in recht bescheidenen Grenzen; die Versammlungen mußten mit Rücksicht auf die Verhältnisse auf das Äußerste eingeschränkt werden; denn unter den verschiedenartigen Arbeitsverhältnissen, mit denen die Kollegen in andern Berufen zu rechnen hatten, insbesondere der schichtweisen Arbeitszeit in der Kriegsinindustrie, war der Besuch der Versammlungen stark beeinträchtigt. Die Jahresversammlung fand daher an einem Sonntag statt und wies gegenüber den früheren Versammlungen einen etwas besseren Besuch auf. Insgesamt fanden 7 Versammlungen und 18 Sitzungen im Laufe des Jahres statt.

Die hauptsächlichste Aufmerksamkeit mußte auf die Erhaltung der Zahlstellen gelegt werden. Durch die fortwährenden Einberufungen entstand manchmal eine Lücke; diese wieder zu ergänzen und für regelmäßige Einfassung der Beiträge Sorge zu tragen, machte das öftere Auffuchen von Zahlstellen notwendig. In den meisten Fällen ist es gelungen, immer wieder Ersatz für die einberufenen Vertrauensleute zu schaffen. Vielfach haben sich auch die Frauen der einberufenen Kollegen in dankenswerter Weise dazu bereit erklärt, die Einfassung der Beiträge zu übernehmen. Den Bestand von 57 Zahlstellen am Jahresanfang konnten wir auch noch am Schlusse des Jahres verzeichnen; denn Ab- und Zugang glichen sich auf.

Die am 1. März in Kraft getretene Teuerungszulage führte sich im allgemeinen glatt durch. Die Unternehmer, mit denen wir im Sondervertragsverhältnis stehen, wurden durch ein Rundschreiben aufgefordert, die Teuerungszulage ebenfalls zur Auszahlung zu bringen. Beschwerten über Nichtzahlung kamen nur ganz vereinzelt vor. Auch in den Betrieben, wo unsere Kollegen als Vadiere beschäftigt sind, waren diese bestrebt, eine Teuerungszulage zu erringen. Mehrfach ist ihnen dies auch in günstigerem Maße gelungen, als dies durch die allgemeine Teuerungszulage für das Maler- und Weibbindergewerbe der Fall war. Insbesondere waren die Kollegen der Adlerwerk bemüht, im Anschluß an die allgemeine Teuerungszulage eine solche für ihren Betrieb durchzusetzen, mit dem Erfolge, daß ihnen eine durchschnittliche Zulage von 1.40 pro Woche gewährt wurde.

Ueber die Tätigkeit der Kriegsarbeitergemeinschaften im Jahre 1916 ist nicht viel zu berichten. Sie beschränkte sich hier lediglich darauf, bei der freihändigen Vergabung der Arbeiten durch die Stadt zwecks gleichmäßiger Verteilung der Arbeiten, geeigneten Unternehmern für die Ausführung der Arbeiten in Vorschlag zu bringen.

Die Tätigkeit auf dem Gebiete der Kriegsschädigten-Fürsorge bewegte sich auf der Grundlage der gemeinsam anerkannten Richtlinien. In einer gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgebern wurde vereinbart, sich dem Ortsausschuß für Kriegsschädigtenfürsorge zur Berufsberatung zur Verfügung zu stellen. Ferner erklärten sich die Arbeitgeber bereit, soweit möglich für die Beschäftigung der Kriegsschädigten unseres Rufes Sorge zu tragen. Soweit sich die Kriegsschädigten Kollegen auf unserm Bureau meldeten, wurde ihnen Rat und Hilfe zur Seite gestanden. Vielfach unterlassen es jedoch die Kriegsschädigten Kollegen, sich bei der Organisation zu melden.

Zum Heeresdienst wurden weitere 138 Mitglieder eingezogen; insgesamt seit Kriegsbeginn 1397. Zurückgemeldet haben sich 119 Kollegen, so daß am Jahreschlusse 1478 Mitglieder der Filiale beim Militär waren, abzüglich der bereits Gefallenen. Im Jahre 1916 sind weitere

Kollegen gefallen, so daß insgesamt bereits 123 Kriegs-

Die Mitgliederzahl ging infolge der andauernden Einberufungen weiter zurück und betrug am Jahres-

Die finanziellen Verhältnisse gestalteten sich ent-

Das ausgeübte Filialgebiet mit den sehr zahlreich

Indem wir kurz die wichtigsten Vorläufe in der

Welt. (Jahresbericht.) Das Jahr 1916 hat

Die Verwaltungstätigkeit konnte nur dar-

In der hiesigen Waggonfabrik wurde die Kriegszulage

Im verflossenen Jahre haben wieder zwei Kollegen ihr

Aus unserm Beruf.

Weitere Beschlüsse zur diesjährigen Teuerungszulage.

Zu den im letzten "Vereins-Anzeiger" mitgeteilten

Auch in Stuttgart sind von der Ortsgruppe des

verbandes von dem Vauvorstehenden gegen eine Teuerungszulage

In Ost- und Westpreußen sind zunächst allgemein

Am weitesten zurück steht bisher noch der Gauverband

Wir möchten nicht verfehlen darauf hinzuweisen, daß

Baugewerbliches.

Ueber die Förderung der Bautätigkeit durch die

Gewerkschaftliches.

Teuerungszulage im Baugewerbe. Die Verhandlung

Der Verband der Schneider zählte am Schlusse des

rufen wurde, der die Kündigung aller laufenden Tarif-

Einigkeit führt zum Ziel. In Frankfurt a. M. hatten

Vorstand und Verbandsauschuß des Gemeinde-

Sozialpolitisches.

Für den Frieden. Der Parteiausschuß und der Partei-

Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feind-

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine

Der Sprachenparagraf beseitigt. Dem Beschluß

Vom Ausland.

Ein amerikanisches Arbeiterblatt über die Kriegs-

Der britische Militarismus auf dem Wasser hat den Weltfrieden in den letzten 100 Jahren mehr bedroht als der preussische auf dem Lande. Heerhaupt; warum denn nur von preussischem Militarismus sprechen? Ist der französische nicht auch? War nicht Frankreich das erste Land mit einem eigenen Heerwesen? Und hat es das nicht mehr als 100 Jahre lang unangefochten ausgeübt, um an der Spitze zu stehen? Und der russische Militarismus? Ist er nicht der größte, mächtigste und gefährlichste von allen? Aber Herr Lloyd George will eben mit Frankreich, Rußland und Japan oder acht andern Monarchien Deutschland niedermähen. Deshalb ist, daß England nicht den preussischen Militarismus bekämpft. Und das weiß Lloyd George. Es bekämpft nicht die Militärkraft. Auch das weiß Lloyd George.

Wenn Deutschland morgen zur sozialdemokratischen Republik erklärt würde, würden England, Rußland und Frankreich Deutschland noch einmal so heftig bekämpfen als heute. Und Lloyd George würde alsdann genau wie seine radikalen Vorgänger Kay und Bursch handeln, die immerzu die transatlantische Revolutionäre bekämpften. Eine sozialdemokratische deutsche Republik würde sofort als eine Bedrohung der Zivilisation, der Religion und — vor allem jedes Dollars der angelegten Kapitalien betrachtet werden.

Lloyd George weiß so genau wie jeder andere, warum England nicht aufhören will zu kämpfen, bis Deutschland niedergeworfen und die Verbündeten erschöpft sind. Der wahre Grund ist nur Deutschlands Konkurrenz im Weltmarkt. England will den Konkurrenten aus dem Felde schlagen.

Der preussische Militarismus war ja noch vor 50 Jahren viel härter als heute. England dachte nicht daran, ihn zu bekämpfen. Im Gegenteil. England war früher der beste Freund, den die preussische Militärlite hatte. Die Freundschaft zwischen den beiden protestantischen Herrschern war traditionell. Sie wurde auf den Schlachtfeldern von Waterloo bestätigt, als Blücher den Herzog von Wellington rettete. Erst seit Deutschland ein gefährlicher Konkurrent für den englischen Handel geworden war, hat England plötzlich entdeckt, daß der preussische Militarismus antidemokratisch und eine Bedrohung des europäischen Friedens sei. Rußland kämpft für die Vorherrschaft der slavischen Masse. Frankreich als „Republik“ und zur Wiedergewinnung von Provinzen, die es vor 44 Jahren verlor. Italien, Serbien, Rumänien kämpfen um territorialen Gewinn. Portugal, die Senegalränder, die Kaffern und Simons, weil England dazu zwingt. England selbst aber für seinen Profit, für seinen Handel und für sein Geld.

Fachtechnisches.

Aufsicht für Kriegsschadigte in der Provinz Hannover. Aus dem Heeresverbande entlassene Kriegsschadigte Male, die für den Hilfsdienst nicht in Frage kommen und nun die Absicht haben, die Meisterprüfung abzulegen, finden in den Meisterkursen der Provinz Hannover Gelegenheit zur Ausbildung. Der Lehrstoff umschließt alle einschlägigen Arbeiten, praktische Arbeiten, Fach- und Fachrechnen, Rechnen und Kalkulation, schriftliche Arbeiten, Einführung, Gesetze und Volkswirtschaftslehre, Genossenschaftswesen. Geplant sind Teilkurse von zwei und vier Wochen, und zwar vom 7. Januar bis 2. Februar 1918 und vom 7. Januar bis 3. März 1918. Aufnahme finden Gesellen oder Meister, die nicht unter 24 und nicht über 45 Jahre alt sind. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Das Unterrichtsgeld beträgt für die Volksschule M. 20, für die Teilkurse M. 5. Den Teilnehmern, die aus eigenen Mitteln die Kosten nicht bestreiten können, können Stipendien bis höchstens M. 160 für acht Wochen gewährt werden. Die Materialien werden geliefert. Im Bedarfsfalle werden außerdem Zuschüsse gewährt auf Grund der Bestimmungen über die Kosten der Kriegsschadigtenfürsorge in der Provinz Hannover. Anmeldungen sind rechtzeitig unter Beifügung eines ausgefüllten Fragebogens an die Leitung der Meisterkurse, Hannover, Neuer Weg 3a, zu richten.

Zur Frage des Terpentinerfasses. In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Lackfabrikanten am 26. Februar dieses Jahres wurde, wie kürzlich die „Farben-Zeitung“ berichtet, über die Frage der Verteilung von Terpentinerfasser folgendes ausgeführt:

Bei Eintritt Rumänens in den Weltkrieg machte sich eine große Knappheit in Benzol geltend. Es bestand keine Möglichkeit, irgendwoher Terpentinerfasser zu erhalten. Schließlich gelang es den Bemühungen des Vorsitzenden, Herr Hinweis auf die ungünstige Lage der Lackindustrie, 400 Tonnen Petroleum freizubekommen, aus denen 1500 Tonnen Terpentinerfasser gewonnen werden konnten. Die Verteilung bot große Schwierigkeiten, da anfangs keine Kesselwagen vorhanden waren; als schließlich solche beschafft waren, konnten diese durch die Verkehrsbeschränkung nicht an den Bestimmungsort gelangen. Jetzt, nach zwei Monaten, ist das Ziel endlich erreicht, und den Lackfabrikanten wird nächstens die zweite Rate zugehen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse noch weiter verändert, insofern die Kriegsabrechnungstelle von unzähligen kleinen und kleinen Interessenten mit Bitten um Terpentinerfasser beunruhigt werden. Es sollte an einzelnen Lack-, Maschinenfabriken und andere kleine Verbraucher geliefert werden. Deshalb wurde versucht, nochmals ein Quantum Rohöl freizubekommen, doch war dieser Wunsch bis jetzt noch nicht zu erfüllen. Immerhin wird in absehbarer Zeit diese Forderungen zu erwarten und wird dann eine Besserung eintreten. Der Verband wird dafür sorgen, daß der Bedarf der Lackfabrikanten in erster Linie mit beachtet wird.

Inzwischen wurde durch die Verordnung vom 20. Februar dem Kriegsausgang für Cole und Fette ein Monopol für Terpentinerfasser und Kienöl erreicht, das auf Verordnung des Reichskanzlers auch auf Terpentinerfasser ausgedehnt werden kann. Dieses Monopol war dringend notwendig. Es ergab sich für Terpentinerfasser dasselbe Bild wie für io

viele andere Rohstoffe; die Preise wurden ins Unendliche getrieben! Wurden doch zum Beispiel für Schwedisches Terpentinerfasser M. 650 für 100 kg gehoten und bezahlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Industrie durch die Spekulation derartig geschädigt wird. Deshalb ist das Vorgehen der Regierung durchaus zu billigen. Der Kriegsausgang wird bald in der Lage sein, Schwedisches Terpentinerfasser und Kienöl zu liefern. Inzwischen hat sich auch im Osten eine starke Kienölindustrie entwickelt. Es sind Fabriken eingerichtet worden, die ein sehr gutes Produkt herausbringen, was jedenfalls besser als früher ist und dem amerikanischen Terpentinerfasser fast gleichkommt. Es ist zu hoffen, daß bald größere Quantitäten dieses Coles auf den Markt kommen werden.

Auf eine Anfrage wird erwidert, daß Benzol noch immer beschlagnahmt sei und nur für Seereslieferungen freigegeben würde. Dies werde sich aber bald zugunsten der Lackindustrie ändern. Auch würden in den Sommermonaten größere Mengen von Selenanthracen für die Lackindustrie zur Verfügung sein.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Angemessene Patente: M. 75 b. 12. W. 47 202. Wolfers Prozess, Steen vom collectit, Brüssel; Verfahren zur Herstellung von Anfrullierungen. 13/12. 15. Erteilte Patente: M. 75 c. 10. 297 601. Werner Rollweide, Bodmann a. Bodensee, Post Ludwigshafen, Baden. Verfahren zur Zubereitung von mit einer Gewerbeanlage versehenem Papier als Malgrund. 4/7. 16. Gebrauchsmuster: M. 75 c. 660 171. Gg. Stalle, Kiel; Vorrichtung zum Verstellen von metallischen Heberzügen mit gasförmigen Fluidmitteln und verdampften Metallen. 20. 10. 12. — M. 75 d. 660 839. Dagmar Fischer, geb. Berkowit, Berlin; Flächenschmud aus farbigen Scherenschnitten mit Malereiwirkung für Wandbilder, Tabletten usw. 17/2. 17.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barnus Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68. Das eben erschienene Heft 4 enthält unter anderem folgende Artikel: Konrad Hoenisch: In ersterer Stunde. Dr. Paul Lenz, M. d. R.: Der Parteiausgleich. Wilhelm Jansson: Die russische Revolution und der Friede. Wilhelm Kolb: Die Kernfrage und der Weg zu ihrer Lösung. Manfred: Von der Utopie zur Wissenschaft. Stoffen. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Taschen-Atlas aller Kriegsschauplätze im Westen, Osten, Balkan, Italien, Orient, enthaltend 24 Heberfächer und Sonderkarten. Ausgabe März 1917. 20. Auflage. Taschenformat. Verlag L. Schmarz & Comp., Berlin C 14, Dresdener Straße 80. Preis für alle 21 Karten, zu einem Atlas vereinigt, bei Einzelbestellungen 25 Pf., bei Sammelbestellungen von 10 Stück an 15 Pf. Der in jede Tasche passende empfehlenswerte Atlas weist 24 klar und deutlich gezeichnete Karten auf. Der Preis ist äußerst billig gestellt.

Technik für Alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinenbau, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiff- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. 7. Jahrgang (1916/17), Heft 11 und 12 (Schluß des Jahrganges). Preis vierteljährlich M. 1,45. (Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte, Franckische Verlagshandlung.) Mit den vorliegenden Heften beendet diese geliebte, empfehlenswerte, billige Monatschrift ihren 7. Jahrgang. Für jeden, der an der Weiterentwicklung auf dem großen Gebiete der Technik Anteil nimmt, ist diese gemeinverständliche gehaltene „Technik für Alle“, die in Wort und Bild aufs beste ausgestattet ist, ein vorzüglichster Wegweiser. Probehefte sind durch jede Buchhandlung oder vom Verlag zu erhalten.

Sterbetafel.

Darmstadt. Am 25. April starb im Alter von 87 Jahren der Kollege Josef Kreher aus Dieburg. **Ehre seinem Andenken!**

Vereinsteil.

Bericht der Hauptklasse vom 23. bis 28. April. **Eingehandt haben:** Lüneburg M. 80, Hamm 18, Kolberg 15, Hirschberg 30, Mannheim 600, Schweinfurt 39,20, Düren 100, Rostock 96,62, Köln 300, Königsberg 100.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Aus-Nr.	Begibt bis zur	Ort
Karl Hesselbach	48854	48. Woche 1916	München
Karl Brauer	49309	51. " 1916	Halle a. d. S.
Magnus Engel	147129	2. " 1917	Stralsund
Union Ballhorn	38148	4. " 1917	Hamburg
Konrad Gnugesser	45908	46. " 1916	Stuttgart
Ludwig Kroth	18441	25. " 1914	Frankfurt a. M.
Andreas Demald	43605	50. " 1916	Stuttgart
Wilhelm Deichert	48619	52. " 1916	Stuttgarterweg
Emil Crispian	32026	52. " 1916	Königsberg
Alex Krause	147928	7. " 1917	
Edmund Wambach	47542	52. " 1916	Frankfurt a. M.
Ernst Winkler	35704	52. " 1916	Heidelberg
Reinh. Müßig	35784	15. " 1917	Wilhelmshaven

Die Woche vom 6. bis 12. Mai ist die 19. Beitragswoche. **H. Wenter, Kassierer.**

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 16 des „Correspondenzblattes“ bei.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Ab, Johannes, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 3. 12. 81 zu Michelbach, seit 5. 4. 14 im Verband.
- Ab, Max, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 5. 88 zu Breslau, seit 24. 5. 05 im Verband.
- Barl, Helmut, Mitglied der Filiale Lübeck, geb. 10. 9. 96 zu Lübeck, seit 3. 4. 15 im Verband.
- Beckmann, Karl, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. 21. 2. 78 zu Schwerin, seit 27. 1. 1900 im Verband.
- Bunzl, Alexander, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 2. 89 zu Dresden, seit 17. 9. 06 im Verband.
- Dehmer, Philipp, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 1. 3. 80 zu Eberstadt, seit 9. 5. 09 im Verband.
- Delling, Bernhard, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 17. 11. 71 zu Wittweiba, seit 20. 5. 08 im Verband.
- Drochowsky, E., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 16. 12. 74 zu Unterkerbowalde, seit 18. 3. 11 im Verb.
- Ebel, Friedrich, Mitglied der Filiale Forst i. d. L., geb. 15. 12. 88 zu Forst, seit 26. 10. 12 im Verband.
- Greif, Julius, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 7. 5. 91 zu Odershausen, seit 18. 10. 18 im Verband.
- Greif, Konrad, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 7. 5. 91 zu Odershausen, seit 18. 10. 18 im Verband.
- Gräling, Konrad, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 3. 9. 77 zu Belterhausen, seit 16. 11. 13 im Verb.
- Haas, Johann, Mitglied der Filiale Gießen, geb. 3. 12. 90 zu Oppenrod, seit 17. 4. 10 im Verband.
- Harbig, Josef, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18. 10. 79 zu Jauerwitz, seit 20. 5. 08 im Verband.
- Hellwig, Gustav, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 5. 6. 78 zu Berlin, seit 5. 3. 01 im Verband.
- Herrig, Josef, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 2. 4. 84 zu Breslau, seit 20. 5. 08 im Verband.
- Herr, Wilhelm, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 16. 4. 85 zu Gräfenhausen, seit 8. 6. 02 im Verband.
- Jansen, A., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 26. 7. 88 zu Langenhorn b. Gufum, seit 18. 3. 08 im Verband.
- Jansen, Wilhelm, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 28. 3. 94 zu Hannover, seit 29. 11. 11 im Verband.
- Janus, Otto, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 1. 92 zu Breslau, seit 21. 4. 10 im Verband.
- Järs, Hugo, Mitglied der Filiale Lübeck, geb. 29. 11. 81 zu Giffstrom, seit 1. 5. 01 im Verband.
- Kah, Fritz, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 8. 1. 76 zu Haxfelde, seit 9. 5. 01 im Verband.
- Kempf, Heinz, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 14. 9. 93 zu Widdeshelm, seit 17. 4. 10 im Verband.
- Klinge, Fritz, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 17. 9. 95 zu Wehba, seit 21. 6. 14 im Verband.
- Krepler, S., Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 25. 6. 84 zu Bruchsal, seit 9. 10. 10 im Verband.
- Kronwald, Andreas, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 25. 6. 79 zu Würzburg, seit 10. 8. 08 im Verband.
- Kühn, Karl, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 20. 9. 94 zu Saaken i. S., seit 5. 4. 18 im Verband.
- Lammoth, Ad., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 15. 8. 79 zu Widdeshelm, seit 21. 8. 10 im Verband.
- Lange, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 5. 6. 88 zu Hamburg, seit 29. 10. 18 im Verband.
- Lengeling, August, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 12. 10. 89 zu Hamm i. W., seit 1. 5. 09 im Verband.
- Liebsch, Alfred, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 7. 12. 96 zu Dresden, seit 21. 6. 14 im Verband.
- Meyer, Oswald, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 30. 1. 88 zu Geyersdorf, seit 15. 11. 06 im Verband.
- Neils, Max, Mitglied der Filiale Altona, geb. 7. 10. 79 zu Greifswald, seit 5. 12. 08 im Verband.
- Neck, Heinrich, Mitglied der Filiale Gießen, geb. 17. 11. 84 zu Wehberg, seit 17. 9. 05 im Verband.
- Nowmann, Max, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 24. 9. 88 zu Hamburg, seit 9. 4. 08 im Verband.
- Schlecht, Stanislaus, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18. 4. 78 zu Rawitsch, seit 18. 9. 10 im Verband.
- Scholz, Oscar, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 31. 12. 77 zu Breslau, seit 11. 3. 05 im Verband.
- Schüttig, Karl, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 30. 6. 85 zu Gsch i. L., seit 28. 3. 09 im Verband.
- Schulz, Heinrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 6. 9. 81 zu Altsimonswald i. Baden, seit 1. 8. 11 im Verb.
- Siemer, Heinz, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 22. 5. 82 zu Abbehausen, seit 20. 3. 10 im Verband.
- Stender, August, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 31. 7. 94 zu Kiel, seit 20. 4. 14 im Verband.
- Strudmeyer, Ernst, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 2. 3. 89 zu Kiel, seit 3. 5. 08 im Verband.
- Tziels, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 26. 10. 70 zu Berlin, seit 22. 6. 05 im Verband.
- Tzielen, Johann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 30. 4. 80 zu Nachhast, seit 1. 10. 04 im Verband.
- Tiedler, Alfred, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 30. 10. 95 zu Dresden, seit 14. 4. 14 im Verband.
- Weber, Karl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 26. 1. 76 zu Schlieben, seit 5. 7. 1900 im Verband.
- Wentel, Hugo, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 16. 12. 95 zu Seega i. Th., seit 23. 6. 13 im Verband.
- Wenz, Konrad, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 26. 3. 91 zu Giffelberg, seit 29. 3. 14 im Verband.
- Winkler, Max, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 1. 10. 74 zu Weiskau, seit 19. 8. 98 im Verband.
- Zunkel, Christian, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 5. 7. 84 zu Pfungstadt, seit 10. 2. 02 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!